

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Band: 41 (1947)

Heft: 1

Artikel: Weltrundschau : Brot und Freiheit ; Frieden und Abrüstung ; Die entscheidende Aufgabe ; Die Alliierten und Deutschland ; Frankreich und Italien ; Sozialisierung in England ; Reaktion in Amerika ; "Peróns Paradies" ; Die Vertrauensfrage ; Vorderer Orient...

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-138940>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

die innerjüdischen Fragen von Emanzipation und Zionismus, Fragen betreffs das Verhältnis zwischen Juden und Deutschen und anderes mehr. Frau Susmans Hiobbuch hat uns nicht nur über das jüdische Volk Wichtiges zu sagen, sondern gerade durch die Art, wie da jüdisches, genauer genuin israelitisches Denken lebendig gemacht wird, über das Menschen- und Weltverständnis überhaupt, welches es heute wieder zu entdecken gilt.

Seit Martin Buber aus den gleichen Quellen seine lebendige Dialogik schöpfte, dem Menschen damit die höchste Würde der Zweisprache zuweisend, ist wohl noch nie, noch dazu in einer literarischen Form, die entscheidungsfordernde Wahrheit mit Schönheit eint; so aus dem lebendigen Quell Israels geschöpft worden.

Bruno Balfheit, Läufeifingen.

Weltrundschau

Brot und Freiheit Wohl die schlimmste Erbschaft, die das alte Jahr dem neuen hinterlassen hat, ist die schwere materielle Not, die noch immer auf den meisten vom Kriege betroffenen Ländern lastet. Und darum muß unsere erste Weltrundschau auch im neuen Jahr wieder mit dem Gedenken an die Millionen und aber Millionen Menschen beginnen, die — zur gleichen Zeit, da wir Kriegsverfchonte (und Kriegsprofiteure!) doch wenigstens unsere leibliche Notdurft und Nahrung haben und teilweise sogar in Fülle und Ueberfluß leben — hungern und frieren, ohne Kleidung, Obdach und Heimat sind, keine geordnete Beschäftigung haben und in Unsicherheit, Stumpfheit und Verzweiflung von einem Tag in den anderen hineinstolpern. In Europa sieht es am ärgsten in den östlichen und südöstlichen Ländern aus, besonders in Ungarn, Polen und Westrußland, von woher uns ergreifende Elendsberichte erreichen, und der harte Winter, der jetzt allenthalben hereingebrochen ist, droht da und dort zu einer eigentlichen Katastrophe zu führen. Daß Gott erbarm! Aber auch in den westlichen Ländern steht es weithin bitterbö; Frankreich, dieses von Natur so reiche Land, ist wirtschaftlich recht eigentlich zerrüttet, und in Italien sind Hungerrevolten geradezu an der Tagesordnung.

Vergessen wir auch nicht das Los der *deutschen Kriegsgefangenen*, die noch immer als Zwangsarbeiter in den alliierten Ländern festgehalten werden: vier Millionen in Rußland und Sibirien, dreiviertel Millionen in Frankreich und seinen Kolonien, eine halbe Million in England und den englischbesetzten Gebieten etc. Ihre Befreiung sollte eine wichtige Aufgabe des neuen Jahres sein und wird denn auch besonders in England, von einer wachsenden Zahl Menschen als solche

empfunden. „Die Russen und Franzosen“, so lesen wir z. B. in den „Peace News“, „begründen ihre Haltung einfach und frei heraus damit, daß sie Deutschland besiegt hätten und mit ihm anfangen könnten, was ihnen beliebt. *Wir* bringen andere Gründe vor, zuerst und vor allem denjenigen, daß es uns selber an Arbeitskräften mangle. Da dies jedoch wahrscheinlich eine Dauererscheinung ist, so bringt die Verewigung von Sklavenarbeit nur eine zeitweilige Lösung. Sodann sprechen wir von der Umerziehung im Sinne der Demokratie. Aber kann irgend jemand diesen Grund noch ernst nehmen? Jeder Tag Gefangenschaft macht diese Menschen feindseliger gegen unsere Lebensart, weil er ihnen Hitlers Voraussage über ihr Schicksal im Falle der Niederlage bestätigt.“ Die Freilassung der drei Millionen Hitler Soldaten, die in Deutschland gefangen genommen worden waren, nachdem sie bis „fünf Minuten nach zwölf Uhr“ fanatisch gekämpft hatten, und die jüngst erfolgte Begnadigung von 800 000 „kleinen Nazis“ allein in der britischen Zone läßt die Zurückhaltung der früher gefangenen Deutschen in den alliierten Ländern nur noch ungerechter erscheinen.

Frieden und Abrüstung Die Völkersolidarität könnte sich jedenfalls auf keine andere Art besser erproben als in der großzügigen Organisierung einer *Weltaktion der Hilfe und Rettung* für alle Leidenden, in Weiterführung der Tätigkeit der UNRRA, die ja ihren Betrieb mit Ende 1946 im wesentlichen hat einstellen müssen — infolge der Kurzsichtigkeit und Herzenshärte derjenigen Nationen, die ganz gut in der Lage wären, solch ein humanitäres Werk noch auf Jahre hinaus zu unterhalten. Auch hier fehlt es zwar nicht an Widerspruch aus der Mitte dieser Nationen selbst heraus; die Neuyorker „New Republic“, die jetzt von Henry Wallace geleitet wird, weist mit Recht darauf hin, daß es nicht allein wirtschaftlicher Widersinn sei, durch Tiefhaltung des europäischen Lebensniveaus die Unterbringung der amerikanischen Ueberschußproduktion zu erschweren, sondern auch politische Unklugheit: „Die gegenwärtige Politik der Vereinigten Staaten wird die osteuropäischen Völker nicht davon überzeugen, daß die Demokratie eine wünschenswerte Sache sei. Eine hungrige, enttäufchte Bevölkerung sucht keine moralische oder politische Führung bei einem Lande, das es hat Hunger leiden lassen.“ Aber solche Stimmen finden bei den „hartgesichtigen“ und durch den Krieg noch reicher als zuvor gewordenen Männern, die jetzt Amerika regieren, eben kein Gehör; ja es sieht eher so aus, als wollten die Vereinigten Staaten auf dem falschen Weg, den sie eingeschlagen haben, noch rücksichtsloser weitergehen als zuvor.

Ein bedenkliches Anzeichen dafür ist der auffeherregende Bericht, den ein „Sonderauschuß des Abgeordnetenhauses für Wirt-

schaftspolitik und Planung in der Nachkriegszeit“ noch vor dem förmlichen Ende der Amtsdauer des alten, noch verhältnismäßig fortschrittlichen Parlaments an die Regierung erstattet hat. Unter schärfsten Angriffen auf die Sowjetunion wird hier nichts anderes als eine regelrechte internationale *Wirtschaftsperre gegen Rußland* gefordert, eine Einschränkung der Warenausfuhr und eine Verweigerung aller Kredite solange, „bis Moskau seinen politischen Verpflichtungen nachkommt und die volle internationale Kontrolle der Atomkraft annimmt“. Auf England, Frankreich, Schweden und auch die Schweiz soll „der größtmögliche Druck ausgeübt“ werden, damit sie sich der Blockierung Rußlands anschließen und so die Sowjetregierung „zur Raifon bringen“ helfen.

Worin die internationalen Verpflichtungen bestehen, zu deren Erfüllung Rußland durch diese Erpressertaktik gezwungen werden soll, ist unklar; dies um so mehr, als in der Weltöffentlichkeit ziemliche Übereinstimmung darüber herrscht, daß sich Rußlands Haltung gegenüber dem Westen in den letzten Wochen keineswegs versteift hat, sondern sichtbar lockerer und biegsamer geworden ist¹⁾. Wozu also ausgerechnet in diesem Augenblick von Washington aus mit derart plumpen Mitteln gegen Rußland gearbeitet werden muß, ist schwer zu erkennen. Was aber die „volle internationale Kontrolle der Atomkraft“ anlangt, zu deren Annahme die Sowjetunion gepreßt werden müsse, so ist diese Frage ja gerade jetzt Gegenstand besonderer Verhandlungen im Schoße der Vereinten Nationen, von Verhandlungen, die mit Boykottandrohungen kaum stark gefördert werden können. Der russische Standpunkt in der Sache selbst ist bekannt: freie Beratung eines Abrüstungsvertrages, der auch das Verbot der Herstellung von Atombomben und anderen Massenvernichtungswaffen enthalten müsse, unter Vorbehalt des Vetos gegen Beschlüsse, die Rußlands Lebensinter-

¹⁾ Sogar in der „Weltwoche“, die sich neuerdings ganz der amerikanischen Scharfmacherpolitik gegen Rußland verschrieben hat, darf Nikolaus Basseches auf Grund russischer Presseäußerungen und anderer Informationen feststellen, daß „die sowjetische Außenpolitik in den letzten Monaten des Jahres 1946 eine eindeutige Schwenkung vollzogen“ habe. Und zwar sei die Wandlung der russischen Politik nicht bloß oberflächlicher Art, sondern „ziemlich tiefgehend“; Stalin, der sich aus Gesundheitsgründen stark von den Staatsgeschäften zurückgezogen habe, habe dennoch den Kurs der Sowjetpolitik eindeutig festgelegt und durchgesetzt: „Die Linie der russischen Politik bleibt nach dem Innern traditionell bolschewistisch, unter Beibehaltung der Diktatur der Partei, unter Bekämpfung nationalistischer Tendenzen, nach außen hin friedlich, um maximale wirtschaftliche Vorteile vom Ausland zu bekommen, die eine rasche Entwicklung des russischen Wirtschaftssystems fördern können.“ Das ist natürlich noch lange nicht die Wendung der russischen Politik, die wir erwarten; aber es ist doch ein ernsthaftes Anzeichen dafür, daß die Sowjetunion eine Zusammenarbeit mit dem Westen sucht und nicht diejenigen Pläne im Schilde führt, die man ihr nachsagt, und deren Vorhandensein allein die Einschüchterungs- und Pressionspolitik (vielleicht) rechtfertigen könnte, die jetzt vom Westen her gegenüber Rußland in voller Entfaltung begriffen ist.

essen verletzen würden, aber Ausschluß des Vetos bei der Durchführung des Vertrags, wenn er einmal endgültig unterschrieben sein wird. Das erscheint — bei aller Undurchsichtigkeit des diplomatischen Spieles, das jetzt von *beiden* Seiten um die Abrüstung herum gespielt wird — nicht unvernünftig und entspricht auf alle Fälle bisherigen internationalen Gepflogenheiten; wer unter diesen Umständen trotzdem auf dem Vetorecht herumreitet und *ihm* die Schuld an allen internationalen Schwierigkeiten zuschiebt, der zeigt damit nur, daß es ihm weniger um das Zustandekommen einer funktionsfähigen internationalen Ordnung zu tun ist, als darum, eine Organisation aufgerichtet zu sehen, die nach Lage der Dinge von den Westmächten und ihren „Satelliten“ beherrscht wäre und die systematische Ueberstimmung und Niederhaltung der Sowjetunion, dieses „Weltfeindes Nr. 1“, ermöglichen würde. Das wäre freilich höchst bequem!

Die entscheidende Aufgabe Ob es aber auch gerecht und vernünftig wäre? Ich zweifle. Ich meine, Rußland hat Anspruch

darauf, vor Vergewaltigung gesichert zu sein, bevor es sich, an Händen und Füßen gebunden, einer internationalen Organisation ausliefert, in der nicht bloß unparteiische Rechtsgrundsätze angewandt werden, sondern auch egoistische Machtinteressen eine wesentliche Rolle spielen, und in der die Rußland unfreundlich gestimmten Kräfte durchaus die Uebermacht haben. Mit anderen Worten: es kommt jetzt vor allem darauf an, die Sowjetunion, die wirtschaftlich und militärisch weitaus der schwächere Teil ist und auf alle absehbare Zeit als kriegsfähige Macht ausscheidet, davon zu überzeugen, daß es von den Westmächten nichts zu befürchten hat, wenn es in eine Abrüstungskonvention willigt, die ihm keinerlei Einspruchsmöglichkeit mehr gewährt. Das ist, wie man immer wieder hervorheben muß, die entscheidende Vorbedingung für die Herstellung einer wirklichen Völkerrechtsordnung, nicht die mechanische Abschaffung des Vetos, die Rußland aller Sicherheitsgarantien beraubte und beim ersten Konflikt zur Sprengung der Vereinten Nationen, also zum völligen Chaos, nicht zu einer höheren Ordnung, führen würde.

Daß man auf dem Weg, den der amerikanische Parlamentsauschuß für die Behandlung der Sowjetunion vorschlägt, genau zum Gegenteil dessen kommen müßte, was man in Washington erstrebt, scheint ziemlich klar. Rußlands Mißtrauen und Abwehrhaltung gegenüber den Westmächten würde aufs neue gestärkt, und sein guter Wille, die ihm kategorisch vorge setzte Abrüstungskonvention — „c'est à prendre ou à laisser“ — aufrichtig anzunehmen und einzuhalten, müßte geschwächt und der Gegensatz zwischen Ost und West, von dessen Ueberwindung die Sicherung des Friedens in erster Linie abhängt, noch weiter verschärft werden. Man muß darum hoffen, daß sich die amerikanische

Regierung durch derartige Scharfmachereien nicht noch stärker auf eine Bahn drängen läßt, die schon jetzt voller Drohungen und Gefahren ist²⁾). Ob General Marshall, der nun Byrnes in der Leitung des Außenministeriums abgelöst hat, der rechte Mann ist, um der russenfeindlichen Strömung Einhalt zu gebieten, das ist freilich mehr als zweifelhaft. Das militärische Denken, das schon bisher so großen Einfluß auf die amerikanische Außenpolitik gehabt hat — Aufrüstung, Stützpunktpolitik, Präventivkriegsidee usw. —, wird unter Marshall noch mehr zur Geltung kommen, und die Bedenkenlosigkeit, mit der Marshall die Diktatur Tschiang Kai-Scheks in China gegen die „Roten“ unterstützt hat, läßt nicht gerade große Hoffnungen aufkommen, daß die Vereinigten Staaten irgendwo sonst in der Welt zögern würden, die Reaktion zu begünstigen, wenn damit nur der Sowjetunion entgegen gearbeitet werden kann. Marshall scheint gerade *der* Außenminister zu sein, den die amerikanische Reaktion jetzt braucht.

Vielleicht übt nun aber doch die *britische* Regierung einen gewissen mäßigenden Einfluß auf Amerika aus; Bevins Altjahrsansprache, die, der Labouropposition offensichtlich entgegenkommend, Englands natürliche Mittelstellung zwischen Rußland und Amerika betonte, sodann die Ablehnung des amerikanischen Vorschlages einer Wirtschaftssperre gegen Rußland durch die englische Presse und schließlich die Entsendung des Reichsgeneralstabschefs Montgomery nach Moskau könnten Zeichen einer selbständigeren Haltung sein, die man in London gegenüber den Vereinigten Staaten einzunehmen gedächte, und Churchills Politik einer britisch-amerikanischen Militärallianz wäre damit deutlich abgelehnt. Möge sich diese optimistische Deutung als richtig erweisen!

Die Alliierten und Deutschland

Für die künftige Gestaltung der angelfächsisch-russischen Beziehungen wird aber — das ist schon in der Dezemberrundschau auseinandergesetzt worden — vor allem die Art und Weise von Bedeutung sein, wie die *deutsche* Frage gelöst wird. Ohne eine klar antinazistische und antikapitalistische Politik der Westalliierten in Deutschland wird eine Abtragung des russischen Mißtrauens gegen sie schwer möglich sein. Aber gerade damit steht es gegenwärtig nicht zum Besten. Wohl ist auf Neujahr die britische mit der amerikanischen Zone verschmolzen worden, aber statt daß sich die britische Sozialisierungspolitik auch in

²⁾ Inzwischen wird freilich die amerikanische Kriegsvorbereitung in großem Maßstab fortgesetzt, zuweilen in geradezu grotesken Formen, so mit der Durchführung von Armeemanövern „unter arktischen Bedingungen“ — für den gewiß außerordentlich wahrscheinlichen Fall eines russischen Angriffs vom Nordpol her. Andererseits entwickelt Amerika neben der Atombombe noch andere „Geheimwaffen“, wie die Versuche mit einem deutschen Raketengeschoß zeigen, das bis auf 177 Kilometer Höhe hinaufgekommen sein und einen Schwarm von künstlichen Meteoren erzeugt haben soll.

der bisher amerikanischen Zone durchsetzte, scheint es, als sei damit der amerikanischen „Rekapitalisierungspolitik“ auch im rheinisch-westfälischen Industriegebiet Tür und Tor geöffnet.

Außenminister Bevin hat zwar am 22. Oktober im Unterhaus verkündet, die Gründe für die Ueberführung der deutschen Großindustrie in Gemeinbesitz seien heute stärker als je; die deutschen Industriemagnaten, die so wirksam zur deutschen Wiederaufrüstung beigetragen hätten, müßten ein für allemal verhindert werden, „wieder in eine Stellung einzurücken, die sie mit solch tragischem Ergebnis mißbraucht haben“. Aber man merkt noch nicht viel davon, daß diese Absicht auch verwirklicht werden soll. Hingegen merkt man schon recht viel davon, daß die Amerikaner planmäßig darauf aus sind, die deutsche Kapitalistenklasse wieder in ihre „alten Rechte“ einzusetzen. „Das amerikanische Großkapital, das alles daransetzt, um der Sozialisierungswelle standzuhalten, hat für den Gedanken der Gemeinwirtschaft nie etwas übriggehabt. In der amerikanischen Zone sind die Kartelle zwar aufgelöst worden, aber ihre Aktien wurden auf den offenen Markt geworfen, und wir haben den Verdacht, daß dies eine Wiederherstellung der Vorkriegsverbinding zwischen diesen Kartellen und gewissen mächtigen amerikanischen Interessen ermöglichen wird“, schreibt das Labour-Wochenblatt „Reynold's News“ in London, und auf die Frage, welche Politik schließlich in Deutschland gewinnen werde, die Bevins oder die bisher von Byrnes betriebene, antwortet es selbst: „Klugerweise muß man wetten, daß Amerikas Politik gewinnt, denn der Dollar ist eben ein übermächtiges Argument.“

Der englisch-amerikanische Kredit, der auf Grund des Zonenverschmelzungsabkommens nach Deutschland wandern soll, wird jedenfalls mehr der Wiederherstellung der „freien“ Initiative des Monopolkapitals als der Sozialisierung zugute kommen, und auch die Ernennung des katholisch-konservativen Industriejuristen Rudolf Müller, statt des planwirtschaftlicher Ideen hinreichend verdächtigen Sozialdemokraten Agartz, zum Leiter des Zentralamtes für die Wirtschaft läßt nicht viel Gutes ahnen. Auf Schritt und Tritt begegnet einem eben in Deutschland, wie Oswald Zienau im „Aufbau“ feststellt, „dieses intime Zusammenspiel des deutschen Besitzbürgers mit den ausschlaggebenden Männern und Organen der Militärregierungen“. Tatsache sei „daß der deutsche Besitzbürger als soziale Klasse und politische Macht nicht nur Hitler überlebt hat, sondern daß mit ihm die sozialreaktionären und nationalistischen Grundelemente so gut wie ungeschwächt in ein neues Deutschland sich hinüberretten konnten oder vielmehr hinübergerettet worden sind! Die internationale Versippungs- und sonstige Interessensolidarität des Kapitals hat sich an diesem jüngsten Beispiel neuerlich aufs eindringlichste erwiesen.“ — F. W. Förster bekommt mit seiner Warnung an die Alliierten nur allzusehr recht! ³⁾

Frankreich und Italien

Auch *Frankreich*, das doch von einem neuen Ausbruch des deutschen Nationalismus am ersten verheert würde, tut herzlich wenig, um die industriellen Bundesgenossen Wilhelms II. und Hitlers unschädlich zu machen und ein sozialistisch-demokratisches Deutschland zu schaffen. Frankreich hat zwar augenblicklich — wahrscheinlich schon nicht mehr, wenn dieses Heft in die Hand des Lesers kommt — eine rein sozialistische Regierung; aber Léon Blum und seine Mannschaft sind ja, sehr verdienstvoll, nur als Lückenbüßer eingesprungen, weil keine andere handlungsfähige Regierung zusammenzubringen war. Und für den Regierungschef selber war darum die Betrauung mit dem höchsten Amt weniger ein Auftrag zu bestimmten Reformmaßnahmen als eine berechtigte Anerkennung seiner feinkrechten Haltung während des Krieges, die auch uns so manchen schweren Fehler seiner Laufbahn — ich denke namentlich an seine Mitverantwortung für die Nichtinterventions-

3) Wie trostlos es auch bei den angeblich *nazifeindlichen*, „liberalen“ Deutschen aussieht, dafür liefert ein bezeichnendes Beispiel der Aufsatz eines Herrn Wilhelm Rey in der „Neuen Zürcher Zeitung“ über das Schicksal der einst so hochangesehenen, feinkrechten „Frankfurter Zeitung“. Der Mann will dem „unwissenden“ Ausland beweisen, welcher heroischen Kampf gegen den Nazismus die Redakteure dieses ehemals demokratischen, vorbildlich anständigen Blattes geführt hätten, indem er uns erzählt, wie es einmal einer gewagt habe, eine kleine Glosse über den künstlerischen Wert eines offiziell diffamierten Gemäldes van Goghs zu schreiben, wie ein anderer gar die Tapferkeit der russischen Soldaten anerkannt habe, wie noch bis zum Jahr 1943 ein paar Konzeptionsjuden und „Rassenschänder“ sich hätten auf der Redaktion halten können, und was dergleichen Scherze mehr sind. Das alles mag tausendfältig vorgekommen sein — es ändert aber nichts an der einzig entscheidenden Tatsache, daß sich die „F. Z.“ in allem *Wesentlichen* dem Nazismus unterworfen und seine Parolen gehorlich befolgt hat, daß sie sich, wie er selber schreibt, „in großen Zügen an die Anweisungen des Propagandaministeriums hielt“ und sich, gern oder ungerne, dazu hergab, „die offiziellen Kommentare zu liefern“. Um — sagen wir zehn Prozent eigene Meinung behalten zu können, opferten die Redaktoren der „F. Z.“ 90 Prozent ihrer besseren Ueberzeugung auf dem Altar des Vaterlandes. Das war nicht nur „Opportunismus“ und „Realismus“; es war einfach Charakterlosigkeit in der Potenz. Wie Rey selber feststellt: „Die Nazis *brauchten* die Zeitung“, um dank dem alten Ruf der „Frankfurterin“ insbesondere während des Krieges „maßgebende Kreise der Politik und der Wirtschaft in den Hauptstädten der Welt publizistisch erreichen zu können“. Darum ließen sie, wenn auch widerwillig, der „F. Z.“ den Schein einer gewissen Unabhängigkeit und die Möglichkeit, noch ein bisschen Tradition zu pflegen. In Wahrheit diente das Blatt damit dem Regime nur umso wirksamer. Und dazu gaben sich die Helden der „F. Z.“ her — im stolzen Bewußtsein, eine historische Mission zu erfüllen! Eine verächtlichere Haltung kann man sich kaum denken. Als die Nazi dann erkennen mußten, daß der Krieg für sie dennoch verloren war und auch auf diese *getarnte* Propaganda im Ausland niemand mehr hereinfliege, die Weiterexistenz der „F. Z.“ sich also für sie nicht mehr lohnte, gaben sie ihr denn schließlich auch den verdienten Fußtritt und liquidierten sie sang- und klanglos. (19. 1.) Inzwischen hat in der „Neuen Zürcher Zeitung“ selbst Dr. Caratsch den Beschönigungsversuch des Herrn Rey auf Grund seiner intimen Kenntnis der entsprechenden Vorgänge mit Schärfe zurückgewiesen. Dazu kann man nur „Bravo!“ sagen.

politik zur Zeit des spanischen Krieges, an seinen *falschen* „Pazifismus“ gegenüber dem deutschen Kriegsgeist und überhaupt an seinen blaffen, matten Reformismus — in milderem Lichte sehen läßt. Frankreich hat jetzt auch einen soliden Plan für eine nationale Wiederaufbauwirtschaft: den *Monnetplan*, der auf Jahre hinaus die Anlage eines Viertels des gegenwärtigen Volkseinkommens in Produktivgütern (Maschinen, Verkehrseinrichtungen, Kraftwerken usw.), also auf Kosten der Verbrauchsgüterherstellung, vorsieht und zu diesem Zweck eine straffe Lenkung von Kapitalanlage, Produktion und Konsum verlangt, mit Arbeitszeitverlängerung, Preiskontrolle und anderen Staatseingriffen. Aber wo ist die starke Regierung, die diesen Plan nicht nur anzunehmen, sondern auch durchzusetzen vermöchte? Aus dem gegenwärtigen Parlament mit seinem Gleichgewicht der Kräfte wird sie schwerlich hervorgehen, mindestens solange nicht, als die Republikanische Volksbewegung (M. R. P.) an keiner Regierung teilnehmen will, in der Kommunisten sitzen, und die Kommunisten jede Regierung boykottieren, in der auch das M. R. P. vertreten ist, oder solange nicht die Radikalen, als Zünglein an der Waage, nach links oder nach rechts hin den Ausschlag geben. Unterdessen wartet in der Kulisse de Gaulle auf sein Stichwort. Werden die Linksparteien ihm wirklich die Gelegenheit geben, den Beweis anzutreten, daß nur eine autoritäre Regierung der Rechten Frankreich dem Chaos entreißen könne, in das die parlamentarische Demokratie und der Kampf der Parteien es hineingeführt habe?

Auch in *Italien* bereiten sich, mangels einer kraftvollen politischen Führung des Landes, Chaos, Not und Korruption immer weiter aus und ebnen irgendeinem Neufaschismus den Weg. Der Qualunquismo, der sich jetzt liberal etikettiert hat, ist in den letzten Monaten zu einer der stärksten politischen Bewegungen herangewachsen; die Katholischdemokratische Partei, die den Ministerpräsidenten stellt, wird ebenfalls immer eindeutiger reaktionär; die Sozialisten aber sind durch Richtungskämpfe zerrissen, die soeben zur Bildung einer eigenen rechtssozialistischen Partei geführt haben, und die Kommunisten entbehren — im Gegensatz zu ihren französischen Genossen — ebenso sehr der breiten Grundlage im Volk wie der moralischen Autorität, die ihnen das Recht gäbe, den Regierungswillen maßgebend zu formen. Die einzige Ordnungsmacht im Lande scheint die britisch-amerikanische Besatzungsarmee zu sein — und die wirkt ziemlich unverhüllt zugunsten der politischen und sozialen Reaktion. De Gasperi wird in Washington schon die nötigen Winke bekommen haben, um die Zusammenarbeit mit den fremden Beschützern so fruchtbar zu gestalten, daß aus den Kreisen der besitzenden Oberklasse nicht so bald der alte Ruf ertönt: *Va fuori, straniero* — hinaus mit dir, Ausländer! Wie das *Volk* denkt, darauf kommt es ja vorerst weniger an.

Sozialisierung in England

In erfreulichem Gegensatz zu der lavierenden, zögernden Haltung Englands in der deutschen Frage steht die folgerichtige Sozialisierungspolitik, welche die Labourregierung in Großbritannien selber betreibt. Mit dem neuen Jahr sind die *Bergwerke* endgültig in Volkseigentum übergegangen, und die Bergarbeiter haben mit Recht den erfolgreichen Abschluß eines fünfzigjährigen Kampfes um die Nationalisierung der Gruben durch Freudenkundgebungen gefeiert. Sie dürfen — wie das englische Volk überhaupt — auch wirklich mit Vertrauen in die Zukunft blicken, hat doch schon die kurze Zeitspanne, da die Kohlengruben tatsächlich als öffentlicher Dienst geführt werden, die Lage in der Bergwerksindustrie sichtbar zum Besseren gewendet. Die Kohlenförderung ist zwischen Januar und Dezember 1946 um 24 Prozent gestiegen, der Arbeiterzufluß in die Kohlenindustrie, der unter kapitalistischem Regime mehr und mehr versiegt war, hat im vergangenen Jahr neuerdings um 45 Prozent zugenommen, die Absenzen durch Krankheit, Unfall usw. aber haben von 18,3 auf 13 Prozent der Gesamtbelegschaft abgenommen. Schon die bloße Aussicht auf eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Gewißheit, nun nicht mehr für den privaten Gewinn kapitalistischer Besitzer arbeiten zu müssen, hat die Arbeitsfreude und Lebenshoffnung der Arbeiter neu belebt, und darüber hinaus werden die technischen und wirtschaftlichen Vorteile der planmäßigen, einheitlichen Leitung der Kohlenindustrie gewiß mehr und mehr spürbar werden. Das Märchen vom Profitstreben, das allein den rechten Antrieb für gesundes Wirtschaften liefere, wird in England bald kaum mehr von sehr vielen Leuten geglaubt werden.

Das wird auch der Sozialisierung des *Transportwesens* zugute kommen, die jetzt die Regierung so tatkräftig an die Hand genommen hat; die Vorlage, die noch im alten Jahr im Unterhaus eingebracht worden ist und die einheitliche staatliche Verwaltung von Eisenbahnen, Straßenverkehrsmitteln und Binnenschifffahrt einzuführen empfiehlt, stellt nicht nur, wie der Verkehrsminister Barnes sagte, die umfassendste Sozialisierungsmaßnahme dar, die je einem freien Parlament unterbreitet wurde, sondern auch einen so kühnen Schritt auf dem Wege zur Gemeinwirtschaft, daß man sich nur über das Ausbleiben eines heftigeren, auch wirklich weitere Volkskreise erfassenden Widerstands der Konservativen wundern muß. Demokratische Disziplin oder Einsicht, daß sich das Rad der Zeit eben doch nicht mehr zurückdrehen läßt?

Und nun hat die Labourregierung auch bereits eine Vorlage über die Sozialisierung der *Elektrizitätserzeugung* eingebracht, der eine solche über eine einheitliche *Stadt- und Landplanung* zur großzügigen Gestaltung des Wohn- und Industriefiedlungsraumes auf dem Fuße folgte. Dem sagt man Tempo! Wenn nicht Einflüsse von außen her diese Entwicklung — oder Umwälzung — unterbrechen, so wird Eng-

land schon am Ende der ersten Amtsdauer der Labourregierung ein neues, schöneres und gefünderes Gesicht haben.

Reaktion in Amerika Zur gleichen Zeit, da in England die „stille Revolution“ planvoll weitergeführt wird, organisiert sich in Amerika die allerdings etwas weniger stille Gegenrevolution. Die durch ihren Wahlsieg ermutigten konservativen und reaktionären Kräfte räumen vollends alle Hindernisse weg, die der Wiederentfaltung der „Privatinitiative“ im Wege stehen, schicken sich an, die unter Roosevelt geschaffene Sozialgesetzgebung nach rückwärts zu revidieren, und nützen überhaupt ihren neugewonnenen Einfluß auf Staat und Parteien in jeder denkbaren Weise aus, um ihre Machtstellung zu verstärken. Die Gegenbewegung gegen den New Deal hat schon während der Kriegsjahre eingesetzt, wenn auch auf Bundesboden ohne wesentlichen Erfolg; in den Einzelstaaten glückten immerhin eine Anzahl Vorstöße gegen die neue Sozialpolitik und die Rechte der Gewerkschaften. Dann kam im vergangenen Jahr das gegen die „Auswüchse“ der Arbeiterorganisationen gerichtete Case-Gesetz und der durch den Eisenbahnerstreik ausgelöste Versuch Trumans, in wichtigsten Wirtschaftszweigen das Streikrecht der Arbeiter für die nächste Zeit zu erdroffeln — Anschläge, die zum Glück beide scheiterten. Die veränderte politische Lage und die Fortdauer der Streikbewegungen, die das Groß- und Kleinbürgertum zunehmend erbittern, gibt nun aber der Rechten eine neue Chance. Die Gewerkschaften haben neue Lohnforderungen gestellt, teils zum Ausgleich der Teuerung, die im ganzen noch immer zunimmt — die Lebenskosten stehen gegenwärtig etwa 20 Prozent höher als vor Jahresfrist —, teils zum Zweck der Nachzahlung für unvergütete Arbeitszeit, die die Arbeiter infolge der oft großen Entfernung vom Fabrikator bis zum Arbeitsplatz sowie durch Umkleiden, Reinigen usw., verlieren. Und zwar könnten, so rechnen die CIO-Gewerkschaften aus, die Lohnerhöhungen, die im Durchschnitt 25 Prozent betragen sollten, von den Unternehmern getragen werden, ohne daß dadurch die Gewinne unter den Stand der letzten Vorkriegsjahre sinken würden. (Während des Krieges sind die Gewinne allerdings weit über den Vorkriegsstand hinaus gestiegen, bis zum Zweieinhalbfachen des Jahres 1939, und seither sind sie eher noch weiter gewachsen.)

Natürlich fällt es den Unternehmern und dem hinter ihnen stehenden Finanzkapital gar nicht ein, auf diese Beweisführung einzutreten. Ihnen scheint der Augenblick gekommen, den wiederholt verschobenen großen *Machtkampf mit den Gewerkschaften* aufzunehmen und vor allem das „Bundesgesetz über die Beziehungen mit der Arbeiterschaft“, die berühmte Lex Wagner, gründlich zu demolieren, dieses Gesetz, in dessen Schutz, und freilich auch unter Mithilfe der Kriegsverhältnisse,

sich die Zahl der organisierten Arbeiter in den Vereinigten Staaten innert zehn Jahren vervierfacht hat und die Gewerkschaften zu einer wirtschaftlichen und politischen Macht ersten Ranges herangewachsen sind. Präsident Truman hat zwar in seiner Botschaft an die neue Bundesversammlung über die „notwendige“ Revision der Gewerkschaftsgesetzgebung nur in recht allgemeinen Ausdrücken gesprochen und als Ausgleich für die Arbeiter allerhand sozialpolitische Reformen genannt, die der Kongreß studieren solle. Allein Truman weiß besser als sonst jemand, daß all das nur fromme Wünsche sind, die er persönlich — als ehemaliger Mitarbeiter Roosevelts — recht gern erfüllt sähe, und mit denen er im nächsten Jahr bei einer Wiederbewerbung um die Präsidentschaft auch eine ganz passable Figur machen könnte, die aber angesichts der starken konservativ-republikanischen Mehrheit in der Bundesversammlung nicht die mindeste Aussicht auf Verwirklichung haben. Die politischen Beobachter in Washington stimmen denn auch darin völlig überein, daß der Kongreß den Strauß sozialpolitischer Reformpläne, die Truman dem Parlament überreicht hat, mehr oder weniger höflich ignorieren, dafür aber über seine verhältnismäßig zurückhaltenden Vorschläge für die Revision des Arbeitsrechtes weit hinausgehen werde.

Hier wird zweifellos ganze Arbeit gemacht werden, um so mehr, als sich gegen eine Zerfchlagung der großen Industriegewerkschaften in harmlose Fachverbände, gegen die Unterstellung der Gewerkschaften unter die Gesetzgebung gegen die Monopole, ja auch gegen ein völliges Verbot des Streikens, sofern wirklich soweit gegangen werden wollte, auch in der sogenannten öffentlichen Meinung kein ernsthafter Widerstand erheben dürfte, wie verschiedene in der letzten Zeit veranstaltete private Volksbefragungen gezeigt haben. Da aber die Gewerkschaften ihrerseits den Kampf um ihr Recht vermutlich mit äußerster Entschlossenheit führen werden und nicht gesonnen sind, sich die nach einem Jahrhundert schwersten Ringens endlich gewonnene Anerkennung ihrer Freiheiten wieder rauben zu lassen, so ist in naher Zukunft mit sozialen und politischen Auseinandersetzungen großen Ausmaßes zu rechnen, die „so oder so“ eine ganz neue Lage schaffen mögen. Die vielberedete *dritte Partei* liegt jetzt wirklich in der Luft, und wenn die Zeitungsmeldungen genau sind — andere Informationen liegen noch nicht vor —, dann ist ja ein Anfang zu ihrer Bildung auch bereits gemacht worden. Ihr gegebener Führer wird Henry Wallace sein, der trotz allen Schwächen und Halbheiten — er glaubt ja noch immer an das „freie Unternehmertum“, das gegenüber dem Monopolkapitalismus wieder hergestellt werden müsse — eben doch diejenige Persönlichkeit ist, die im liberalen und radikalen Amerika den stärksten Widerhall findet.

„Peróns Paradies“ Ein Blick auf *Argentinien*, in dem unter wohlwollender Duldung durch die Vereinigten Staaten — wie in Spanien — eine sozialpolitisch drapierte, klerikalmilitärische Diktatur prächtig gedeiht, mag in diesem Zusammenhang nicht ohne Interesse sein. „Die Tage des Ueberflusses“, so liest man in einem durch die argentinische Zensur hindurchgeschmuggelten Bericht, den die „New Republic“ veröffentlichen kann, sind allerdings vorbei — für das Volk wenigstens. „Seit zwei Monaten haben wir keine Kartoffeln . . . Fast buchstäblich meilenlange Schlangenlinien sind auf allen Märkten zu sehen; gewöhnlich warten wir stundenlang, um überhaupt nichts zu bekommen.“ Auch Fleisch gibt es für nicht privilegierte Sterbliche nicht mehr viel — in Argentinien, dem klassischen Rindfleischlande. Dafür geht es den Anhängern und Funktionären des Regimes ausgezeichnet. Die Beamten und die mit ihnen Hand in Hand arbeitenden Industriellen bereichern sich schamlos. Der Finanzminister, Miguel Miranda, beispielsweise besitzt nicht mehr als fünfunddreißig Fabriken, während der Großindustrielle Rolando Lagomarsino das Kommando über Handel und Industrie schwingt und sich für Ausfuhrbewilligungen nicht zu knappe „Gebühren“ bezahlen läßt. Die Korruption blüht auch sonst so üppig wie nie zuvor; der Abgeordnete Araya aus Rosario, der einen besonders bösen Schmiergeldskandal aufdeckte, wurde kurzerhand ermordet — als abschreckendes Beispiel für andere Reinlichkeitsfanatiker. Daß Beamte und Lehrer, die dem Regime nicht gefügig sind und die große „Loyalitäts“-Propaganda nicht unterstützen, zu Tausenden entlassen werden, ist selbstverständlich. In dieser Propaganda spielt übrigens Evita Perón, die Frau des Diktators, eine Hauptrolle; sie übt auch sonst einen unheilvollen Einfluß auf das Land aus. Eine wirkliche Opposition kann nicht mehr aufkommen; „Armee, Kirche und Regierung sind zu fest verschantzt, als daß ein Staatsstreich im bolivianischen Stil irgendwelche Aussicht auf Erfolg hätte“. Fügen wir dem noch bei, daß Argentinien wohl der bedeutendste Zufluchtsort deutscher Nazi und italienischer Faschisten ist (viele glauben, daß sich auch Hitler dort verborgen halte), so dürfte das Bild von „Peróns Paradies“ vollends abgerundet sein. Der zweite Weltkrieg, wie schon der erste, ist aber bekanntlich geführt worden, „um der Demokratie eine Heimstätte auf Erden zu sichern“ . . .

Die Vertrauensfrage Der Rundblick über den Stand der Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus, Rückschritt und Fortschritt in Westeuropa und Amerika ist für uns Anhänger einer demokratischen Gemeinwirtschaft — abgesehen von England — nicht erfreulich. Er kann auch für die Leiter der Sowjetpolitik nicht erfreulich sein und gibt ihnen sicher nicht viel Hoffnung auf Abschwächung der Feindseligkeit, die jetzt die maßgebenden Kreise

dieser Länder und die von ihnen geistig abhängigen Bevölkerungsschichten gegenüber Rußland beherrscht. Wie soll da die Sowjetunion Mut bekommen, sich ohne Vorbehalt einer internationalen Organisation einzugliedern, in der sie bei jeder wichtigeren Entscheidung einfach an die Wand gedrückt würde?

Die Gegner der Sowjetunion kehren zwar den Spieß um und sagen: Zuerst sollen uns einmal die Russen beweisen, daß sie nicht den Angriffskrieg gegen die westliche Welt und die blutige Revolution vorbereiten, dann wollen wir unser Mißtrauen gegen sie gern aufgeben und mit ihnen Frieden und Freundschaft halten. Allein das heißt nun doch die Lage völlig verkennen und verschieben. Mir fällt es überhaupt schwer, die Behauptung von Rußlands Kriegsabsichten ernst zu nehmen, so klar liegt für mich die absolute wirtschaftliche und militärische Ueberlegenheit der Westmächte, namentlich Amerikas, am Tage, und so unlogisch erscheint es mir, Rußlands wirtschaftliche und militärische Vorkehrungen als Beweis für seinen Angriffswillen zu erklären, wie das jetzt so vielfach geschieht⁴⁾.

Im weiteren ist aber namentlich zu beachten, daß nicht Rußland es ist, das die Westmächte in ein von ihm erfonnenes Weltsystem hinein-zwingen will, das den Verzicht auf ihre nationale Souveränität voraussetzt; es sind vielmehr die angelfächsischen Reiche, besonders die Vereinigten Staaten, die von der Sowjetunion in fast ultimativer Form den Verzicht auf das Vetorecht gegenüber der Organisation zur Kontrolle der Atomkraft verlangen, wobei — nebenbei gesagt — bisher eine Hauptrolle der inzwischen zurückgetretene Bernard Baruch spielte, der den Russen in ausgesucht schroffer Form entgegenzutreten liebte,

⁴⁾ Das ist auch die Meinung des vortrefflichen außenpolitischen Mitarbeiters verschiedener sozialdemokratischer Blätter der Schweiz, der zu den Empfehlungen des amerikanischen Parlamentsausschusses bemerkt: „Die wesentliche Begründung, daß Rußlands neuer Fünfjahresplan in erster Linie die Aufrüstung bezwecke, entbehrt nicht der Ironie, wenn man gleichzeitig Berichte über die Neubewaffnung der amerikanischen Armee liest ... Die einfache Wahrheit zwingt zu der Feststellung, daß die Sowjetunion den Auf- und Ausbau ihres Reiches ohne Neuerrichtung und Erweiterung der Produktionsgüterindustrie nicht durchführen kann. Natürlich wächst mit der Erstarkung der Produktionsgüterindustrie auch die militärische Kraft der Sowjetunion, die, was nicht zu vergessen, heute in bezug auf die mechanisch-technischen Kriegsmittel den USA gegenüber weit im Rückstand ist. Allein aus diesem Grund schon ist Rußland auf absehbare Zeit an der Erhaltung eines friedlichen Zustandes aufs stärkste interessiert. Gilt das gleiche für die Vereinigten Staaten? Wieder zwingt die einfache Wahrheit zu der Feststellung, daß der mächtige Wirtschaftsapparat der USA, und gerade auch die Rüstungsindustrie in ihren verschiedenen Zweigen, nach Deckung des amerikanischen „Nachholbedarfs“, von der Gefahr der Depression, der ungenügenden Beschäftigung und Ausnützung ihrer Anlagen bedroht ist. Also hat sie — man mag es drehen und wenden wie man will — Interesse an der Erhaltung eines Zustandes dauernder Kriegsdrohung mindestens, wenn nicht am Krieg selbst. Wohin solch ungeminderte Spannung aber schließlich führt, das dürfte nachgerade jedes Kind wissen!“

derfelbe Baruch, den ich letzthin zufällig in einer alten Tabelle über die reichsten Männer Amerikas mit einem aus Börsenspekulationen herftammenden steuerbaren Nettoeinkommen (1924) von einer halben Million Dollar und einem Bruttovermögen von zirka 30 Millionen Dollar aufgeführt fand . . . An den Westmächten ist es also, zu beweifen, daß Rußland auf feine Souveränität verzichten kann, ohne dadurch feine Sicherheit (oder was es darunter eben versteht) zu opfern. Wie foll aber die Sowjetunion diesen Glauben aufbringen, wenn fie täglich feftstellen muß, daß die weltliche Welt, von England teilweise abgesehen, einen höchst aggressiven Antikommunismus und Antifozialismus zur Schau trägt, daß überall, wo fich foziale Revolution und foziale Reaktion gegenüberstehen, von Argentinien über Spanien und Griechenland bis nach Perfien, Indoniefien und China hinein, die Westmächte zur Reaktion halten, und daß der Kulturkreuzzug gegen die Sowjetunion, bis hin zur Suggestion einer militäriſchen Intervention, auf allen Straßen und Plätzen der bürgerlich-kapitaliftiſchen Länder gepredigt wird?

Die angelfächſiſchen Mächte haben es leicht, auf ihre nationale Souveränität in der Abrüftungsfrage zu verzichten; fie find in jeder Beziehung die Stärkeren und riskieren nicht viel, wenn fie fich bereit erklären, ohne Widerrede einer Weltautorität zu gehorchen, in deren Organen fie immer die 51 Prozent Stimmen aufbringen werden, die nötig find, um ihnen unliebſame Beſchlüſſe zu verhindern. Für die Ruſſen iſt folche Entſcheidung ungleich ſchwerer; die Preisgabe des Einſpruchsrechtes kann für fie eine Sache von Leben und Tod ſein — begreiflich, daß fie nicht Hals über Kopf auf Mr. Baruchs Ultimaten einſteigen und vorher gewiſſe Sicherheiten wollen, bevor fie ſich unwiderſüchlich binden. Wie fie ſich ſchließlich entſcheiden werden, das wollen wir doch ohne vorſchnelle Verurteilung ihrer Motive abwarten. So zu tun, als hätten die Ruſſen nicht den mindeſten Grund zum Mißtrauen und als wäre jeder Widerſtand von ihrer Seite ein Beweis ihrer unlauteren Abſichten in der Abrüftungsfrage, das iſt in meinen Augen denkbar tendenziös und voreingenommen.

Vorderer Orient Oder iſt etwa der angelfächſiſch-weſtliche Kapitalismus in feiner außenpolitischen Geſtalt — als Kolonialismus und Imperialismus — harmloſer als in feiner innenpolitisch-fozialen Form, die wir bisher ins Auge gefaßt haben? Prüfen wir die weſentlichen Geſchehniffe der Berichtszeit auch hier.

Da iſt zunächſt die unruhige Nordoſtecke Afrikas, *Aegypten* und der *Sudan*. Die Verhandlungen über den künftigen internationalen Status dieſer Länder ſind immer noch nicht über den toten Punkt hinweggekommen, teils wegen des radikalen Nationalismus der ägyptiſchen Bourgeoisie, teils wegen der großen Interellen, die hier für

England im Spiele liegen: wirtschaftliche Interessen (die ausländischen, vor allem britischen, Kapitalanlagen in Aegypten belaufen sich auf die Hälfte des ganzen „Volksvermögens“), militärische Interessen (England will im Kriegsfall Aegypten als Operationsbasis benützen können), Reichsverkehrsinteressen (Suezkanal, Luftlinien nach dem Fernen Osten usw.). Die neue Regierung Nekraschi Pascha, hinter der die kapitalistische und feudale Oberschicht des Landes und dazu die mehr liberalen Elemente des gebildeten Bürgertums stehen, zeigt keinerlei Eile, mit London ins reine zu kommen, und hofft offenbar darauf, daß die Zeit für Aegypten arbeiten werde.

Auch in *Palästina* steckt man noch tief in der Sackgasse drin. Wohl ist die Londoner Regierung ehrlich bestrebt, eine auch für England annehmbare Verständigung zwischen Juden und Arabern herbeizuführen, aber die Aussichten der demnächst wieder beginnenden Konferenz sind kaum besser, als es diejenigen der früheren, im November abgebrochenen Verhandlungen waren, wollen doch die Araber von einer Teilung Palästinas überhaupt nichts wissen, während die Juden, gemäß Beschluß des Basler Zionistenkongresses, in Würdigung dieser Sachlage und zum Protest gegen die Haltung der Labourregierung auf eine Beteiligung an der Konferenz vorerst ganz verzichten. Folgen britischer Kolonialtünden! Und zwar nicht allein der Sünden früherer konservativer und imperialistischer Regierungen, sondern auch des Labourkabinettes selber, das in der Weise jener Regierungssozialisten, die, zur Macht gekommen, ihre Oppositionsforderungen als lästigen Ballast ausschütten und sich ihrer „staatsmännischen Verantwortung“ (für die Verwaltung des bürgerlichen Staates nämlich) bewußt werden, jetzt nicht mehr den Mut findet, zu seinen besseren Einsichten und Vorätzen zu stehen.

Die *Türkei* befindet sich zwischen zwei Feuern, scheint aber mehr und mehr nach der britisch-amerikanischen Seite hin zu rücken, mit Front gegen die Sowjetunion. Dies aus einem doppelten Grunde. Einerseits droht das russische Begehren auf Regelung des Meerengenstatuts einzig durch die Uferstaaten des Schwarzen Meeres die Türkei in Abhängigkeit von dem großen nördlichen Nachbarn zu bringen — ein Hinweis darauf, daß nur eine echte Internationalisierung von Bosporus und Dardanellen die ganze Frage dem Macht- und Interessenkampf der Nächstbeteiligten entrücken kann, bei dem des einen Vorteil immer der Nachteil des anderen ist. Andererseits hat die herrschende Klasse in der Türkei, die ein hartes Diktaturregiment führt, die durch Propaganda verstärkte Anziehungskraft der Sowjetunion auf die armen und ausgebeuteten Volksschichten zu fürchten; das jüngst erlassene Verbot der Sozialdemokratischen Partei und der (mehr oder weniger kommunistischen) Arbeiter- und Bauernpartei sowie verschiedener Gewerkschaften ist wohl aus *diesem* Grunde erfolgt. Daß die in der Türkei ebenso wie im übrigen Orient fällige soziale Neugestaltung mit solchen Mit-

teln aufzuhalten sei, ist natürlich Aberglaube; die Spannungen können dadurch nur verschärft werden.

In *Persien* hat die soziale Reaktion gleichfalls zum Schlag ausgeholt. Die Schwäche der russischen Stellung ausnützend — die Sowjetunion kann sich, nach den ungunstigen Erfahrungen, die sie gemacht hat, nicht nochmals mit dem persischen Problem belasten — und zugleich Moskau die Ratifizierung der Ölverträge durch das nächstens zu wählende Parlament in Aussicht stellend, hat die Regierung von Teheran die mit Rußland sympathisierende Tudehverwaltung in Aserbeidschan gewaltsam gestürzt, die halbe Autonomie der nördlichen Grenzprovinz aufgehoben und „die staatliche Autorität wieder hergestellt“, womit die „Ordnungselemente“ in der ganzen Welt außerordentlich zufrieden sind. Auch England und Amerika, die sich ungefähr gleichzeitig damit über ihre Petrolinteressen in Iran verständigt haben, stehen in diesem sozialen Kampf natürlich wieder auf der falschen Seite.

Die Vereinigten Staaten entfalten neuerdings überhaupt eine bemerkenswert rege Tätigkeit im Vorderen Orient, der sie wegen seiner Naturkräfte wie als Absatzmarkt und als Reservoir billiger Arbeitskräfte, an denen überdurchschnittlich gut zu verdienen ist, lebhaft interessiert. In der Türkei, in Irak, Persien, Südarabien (Jemen) und Palästina — überall stößt man auf ihre Spuren, wobei es zuweilen zu Reibungen mit England kommt, das dadurch in seinem Bestreben, wieder etwas Abstand von Amerika zu nehmen, nur gefördert werden kann.

Rückschlag in Indien Der Rückschlag, den die so hoffnungsvoll begonnene Bewegung für Indiens Unabhängigkeit erlitten hat, erweist sich immer mehr als eine recht ernste Sache. Indien war eben unter britischer Herrschaft nur scheinbar eine Einheit gewesen; in Wahrheit stehen sich Hindus und Mohammedaner so unverföhnlich gegenüber wie nur je, und England hätte seine Stellung auch kaum solange behaupten können, hätte es nicht diesen Gegensatz zu seinen eigenen Gunsten auszunützen gewußt. Nun, da ihm aufrichtig daran liegt, Indien sich selber regieren zu lassen, wird es die Geister nicht los, die es zwar nicht gerufen, aber doch ermutigt hat. Dabei geht der Hauptwiderstand gegen die Einigung des indischen Kontinents von den Mohammedanern aus, die an ihrem Pakistan — einem selbständigen islamitischen Landesteil — fanatisch festhalten. Aber auch die Kongreßpartei zeigte sich bisher allzu starrköpfig; in der Frage, an der im Dezember die Londoner Konferenz mit der Kongreßpartei und der Mosleme Liga gescheitert war, dem Streit über das Recht der einzelnen Provinzen, sich schon jetzt für den Anschluß an die hinduistische oder die mohammedanische Föderation auszusprechen, hielt sich die Kongreßpartei bestimmt nicht an den Geist des von beiden Teilen an-

genommenen Verfassungsplanes, und die britische Regierung weigerte sich denn auch loyalerweise, eine Regelung gutzuheißen, die eine Vergewaltigung der Mohammedaner bedeutet hätte. Inzwischen hat die Kongreßpartei in diesem wichtigen Punkt nachgegeben, so daß die Mosleme schon irgendeinen anderen Konfliktgrund schaffen muß, wenn sie sich mit ihrem Boykott der Nationalversammlung nun nicht selber offen ins Unrecht setzen will. Die Gefahr eines allgemeinen Chaos, das bei einer Fortdauer des Kampfes zwischen Hindus und Mohammedanern und einer dadurch hervorgerufenen Räumung Indiens durch die Engländer ausbrechen müßte, ist jedenfalls noch immer nicht gebannt, und man kann nur wünschen, daß dem rührenden Versuch Gandhis, auf seiner Fußreise durch Ostbengalen — er nennt sie selber „das größte Experiment meines Lebens“ — die Freundschaft der Mohammedaner zu gewinnen, ein größerer Erfolg beschieden sein möge, als ihn solche gern als utopisch belächelte Unternehmungen sonst zu haben pflegen.

Die Frage bleibt für mich immerhin offen, ob der Gegensatz zwischen Hindus und Mohammedanern nicht sehr stark durch *Klassengegensätze* genährt wird, also ohne Beseitigung des sozialen Unrechtes, unter dem Indiens Völker leiden, überhaupt behoben werden kann. Ein paar Tatsachen, die mir unlängst zu Gesicht gekommen sind, haben mir die Schärfe der Klassengegensätze in Indien jedenfalls aufs neue eindringlich zum Bewußtsein gebracht. Die Lebenskosten für die proletarische Bevölkerung stiegen zwischen August 1939 und März 1946 in Bombay von 100 Punkten auf 235, in Achmedabad auf 270, in Lahore auf 302. Andererseits stiegen die Gewinne zwischen 1939 und 1943 in der Juteindustrie pro Gesellschaft von 108 000 Rupien auf 1 002 000 Rupien, in der Baumwollindustrie von 608 000 auf fast vier Millionen Rupien, im Teegeschäft von 73 000 Rupien auf 286 000 Rupien, bei den Banken von 1 239 000 Rupien (1940) auf 2 339 000 Rupien (1942). Solange die indischen Völker nicht auch von der Kapitalherrschaft freigezogen sind, hat ihre politische Unabhängigkeit nach außen hin nicht allzuviel zu bedeuten — wenigstens nicht für die unteren Klassen; mit der wohlhabenden Bourgeoisie, die ja die Hauptträgerin der indischen Unabhängigkeitsbewegung ist, mag es sich anders verhalten.

China und Indochina Der wirtschaftlich-soziale Kampf vermengt sich auch im übrigen Südost- und Ostasien aufs stärkste mit dem nationalen Freiheitskampf. Das sieht man in *Indonesien*, dessen Unabhängigkeitsbewegung größtenteils von Sozialisten geleitet wird — mit Erfolg, wie man weiß; das holländisch-indonesische Abkommen ist übrigens trotz heftigem Widerstand von rechts her im holländischen Parlament doch angenommen worden, und eine neue holländische Abordnung ist nach Indonesien gereist, um die Organisierung des neuen

Staatswesens zusammen mit den Vertretern der Eingeborenen vorzubereiten. Das ist auch der Fall in *Hinterindien* (Burma), dessen Abgesandte gerade gegenwärtig in London weilen, um über die Gewährung der Unabhängigkeit, innerhalb oder außerhalb der britischen Reichsgemeinschaft, zu verhandeln. Es gilt nicht weniger in *Indochina*, dessen „Kommunisten“ seit etlichen Wochen im offenen Krieg mit den Franzosen stehen. Die Kolonie Indochina bestand bis zum zweiten Weltkrieg aus fünf nur lose verbundenen Staaten, mit 24 Millionen Einwohnern; nach der Vertreibung der Japaner anerkannten die Franzosen zwar die Unabhängigkeit der neuen Republik Viet Nam (das ist der alte Name für Tongking, Annam, und Cochinchina) innerhalb der Französischen Union, widersetzten sich aber der Einbeziehung auch Cochinchinas in den neuen Viet Nam. Darüber ist es nun, im Anschluß an einen Ueberfall der Viet-Nam-Truppen auf Haiphong, zum bewaffneten Kampf zwischen Franzosen und Eingeborenen gekommen, bei dem die Viet-Nam-Truppen kaum viel Ausichten auf Erfolg haben. Daß General D'Argenlieu, der französische Oberbefehlshaber, den Krieg mit den Methoden des früheren Kolonialmilitarismus führt, setzt einen dabei weniger in Erstaunen als der Umstand, daß auch der Kolonialminister Marius Moutet (den wir während seiner schweizerischen Emigrationszeit glaubten als Gegner der imperialistischen Kolonialpolitik kennengelernt zu haben) voll nationaler Entrüstung aus Indochina wieder nach Paris zurückgekommen ist. Die Niederwerfung des Aufstandes der Vietnamesen, die wohl nur noch eine Frage kurzer Zeit ist, verblendet hoffentlich die Augen des fortschrittlichen und gar des sozialistischen Frankreich nicht gegenüber der Tatsache, daß die weißen Kolonialherrscher auch in Indochina nur noch auf Abruf sitzen!

Am deutlichsten fließen soziale und nationale Freiheitsbewegung in *China* zusammen. Tschiang Kai-Schek hat zwar noch vor Ende des alten Jahres eine neue Verfassung eingeführt, mit deren Inkrafttreten er, wie er sagte, seine politische Sendung als abgeschlossen ansehen und einer „Volksregierung“ Platz machen werde. Aber das war natürlich nur wieder ein Bluff des listigen Mannes. Die korrupte Diktatur Tschiangs besteht fröhlich weiter; die Kommunisten von Jenan, die Führer der chinesischen Agrarrevolution, die mit der liberal-bürgerlichen Opposition eng zusammenarbeiten, bleiben der Nationalversammlung fern, die so nicht viel mehr als ein Parteirat der Kuomintang ist; und die Amerikaner unterstützen wacker mit Geld und Waffen die „Volksregierung“, die ihnen durch den bekannten „Freundschaftsvertrag“ China in aller Form zur Ausbeutung ausgeliefert hat. Tschiang Kai-Schek und die Amerikaner auf der einen Seite, Kommunisten, Bauern und Demokraten auf der anderen — das ist nun schon lange der Verlauf der Frontlinie in China. „Der Eckstein der Kuomintangpolitik“, so schreibt der amerikanische Journalist Hugh

Deane in „The Nation“, „ist die Ueberzeugung, daß die Vereinigten Staaten keine Revolution in China dulden werden. . . Tatsächlich gibt es reichlich Gründe für diese Ueberzeugung. Auf den Philippinen, in Korea und Japan unterstützen die Vereinigten Staaten offensichtlich konservative und reaktionäre Kräfte. In China haben die Vereinigten Staaten unter dem Deckmantel des ehrlichen Maklers der Kuomintang militärische und wirtschaftliche Hilfe gegeben. Das zwingendste Motiv der amerikanischen Politik scheint die Eindämmung des russischen Einflusses in Asien zu sein, was bedeutet, daß die Vereinigten Staaten eine gegenrevolutionäre Rolle spielen müssen.“

Sind also reaktionäre Machtpolitik und kapitalistischer Imperialismus in den westlichen Demokratien abgestorben oder doch wenigstens in der Rückbildung begriffen, so daß sich die Sowjetunion ihrem Pazifismus ruhig anvertrauen dürfte? Sie sind im Gegenteil noch höchst lebendig und teilweise von neuem Tatwillen erfaßt. Die Völkerrechtsordnung, die sie ablösen soll, muß erst noch geschaffen werden — von *innerhalb* der Vereinten Nationen her freilich, nicht in selbstgenügsamem, schlauem Abwarten außerhalb ihrer Gemeinschaft, und gleichzeitig auf der Linie des Kampfes um eine neue, solidarische Wirtschaftsordnung, ohne die jede Friedensorganisation des festen Haltes im Alltagsleben der Völker entbehrt. Das frisch begonnene Jahr kann uns diesem Ziel ein Stück näher bringen, sofern die Völker mehr als bisher aus dem Schlaf erwachen, in den die Mächte der alten Welt sie versenkt haben, und mehr als bisher die von der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung des Jahres 1776 als „selbstverständlich“ bezeichnete Wahrheit tätig beweisen, „daß alle Menschen gleich geschaffen sind, daß ihnen allen von ihrem Schöpfer unveräußerliche Rechte verliehen sind, und daß dazu Leben, Freiheit und Streben nach Glück gehören“.

10. Januar.

Hugo Kramer.

Von Büchern

Bruno Grimm: Gau Schweiz? Dokumente über die nationalsozialistischen Umtriebe in der Schweiz. Herausgegeben von der sozialdemokratischen Partei der Schweiz im Jean-Christoph-Verlag, Zürich.

Eine sehr gründliche, auch dokumentarische Arbeit von großer Wichtigkeit und Aktualität.

L. R.

P. T. Lux: Un Suisse qui ne reconnaît plus son pays. Considération d'un Suisse de l'étranger sur la crise helvétique et mondiale.

Dieses Buch eines gescheiterten, edlen und hochgebildeten Mannes, dem der Aufenthalt in der Fremde die für ein freies Urteil über sein Land nötige Distanz gegeben, hat viel zu wenig Beachtung gefunden. Der erste Teil, die allgemeinen Urteile und Betrachtungen, ist ganz ausgezeichnet; im zweiten Teil, der die kon-